Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 9

Vorwort: Die Alternative ; Nenni und Frankreich

Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A. Z. Bern 1

Schweizer Kommentare für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Ich kannte Lumumba (2)
Die Schweiz im Zerrbild (7)
Doppelte Entwicklungshilfe (8)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Postfach 1178, Bern-Transit
Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger
Verwaltung: Oswald Schürch
Postcheck: III 24616, Telephon: 2 77 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern
Jahresabonnement Fr. 20.— Halbjahr Fr. 11.— Vierteljahr Fr. 6.— **50 Rp.**

3. Jahrgang, Nr. 9 **Bern, 28. Februar 1962** *Erscheint wöchentlich*

Unsere Meinung

Die Alternative

Der Abstimmungskampf zur Atomverbotsinitiative, über die am 1. April entschieden wird, wirft noch keine klaren Schatten. Die Fronten sind kaum abgesteckt. Man befindet sich in einem Geplänkel, das sich wahrscheinlich erst in den allerletzten Märztagen zu einer Schlacht wandeln wird. Die Befürworter der Initiative, durch welche eine Bewaffnung mit (sowie Fabrikation oder Lagerung von) Atomwaffen in der Schweiz verboten werden soll, befinden sich faktisch in einer günstigen Lage. Sie können die grundsätzliche Frage aufwerfen und den scheinbar humanitären und pazifistischen Standpunkt vertreten.

Die Gegner der Initiative setzen sich aus verschiedenen Gruppen zusammen, solche beispielsweise, die eine Ausstattung unserer Armee mit Atomwaffen befürworten (was vorderhand aber gar nicht zur Diskussion steht), und auch solche, die mit der Ablehnung der Initiative bloss die Entscheidung über das Verbot verschieben wollen. Das lässt keine einheitliche Front zu und erschwert den Stand der Gegner.

Wenn wir so weit gehen und eine Ausrüstung unserer Armee mit taktischen Atomwaffen befürworten, so geschieht das trotz — und wegen! — unserer Verurteilung des Atomkrieges, den kein vernünftiger Mensch begrüsst. Die letzten zehn Jahre haben eines bewiesen, dass nämlich das Gleichgewicht des Schreckens erfolgreicher den Krieg verhindert, als alle menschlich sicher bewundernswürdigen Bemühungen der Pazifisten. Dabei waren diese Jahre reich an Ursachen, die früher unfehlbar zum Krieg geführt haben würden.

Die problematische Stellung der pazifistischen Kreise, die in der freien Welt eine zuweilen als Rückenschuss empfundene Schützenhilfe der Kommunisten geniessen, zeigt sich in der scharfen Verurteilung des Pazifismus im kommunistischen Herrschaftsbereich. Eine der Formen des Betrugs der Arbeiterklasse, schrieb Lenin 1915, ist der Pazifismus und die abstrakte Predigt des Friedens.

In den Händen der Imperialisten ist die Atomwaffe ein Werkzeug des Krieges, der Erpressung und der Hinmordung der Völker aller Länder. In den Händen der Sowjetunion dient die Atomwaffe jedoch der Verhütung imperialistischer Angriffe und der Verteidigung des Friedens.

«Pekinger Volkszeitung», 1. September 1961.

Der Kommunismus unterstützt die Pazifisten bei uns und bekämpft sie im eigenen Land. Diese praktische Dialektik gilt auch in bezug auf die Aufrüstung, die im Ostblock gefördert, bei uns aber angeprangert wird, während in der Frage der Abrüstung die Genfer Gespräche bewiesen haben, wie wenig die Sowjetunion zu echten Verhandlungen bereit ist.

Diese Einseitigkeit der sowjetischen Haltung beweist, dass die Weltherrschaft nach wie vor letztes Ziel des Kommunismus ist. Das lässt der freien Welt die einfache Wahl zwischen zwei Verhaltensweisen: sie kann diesen Herrschaftsanspruch annehmen oder ablehnen. Die einseitige Abrüstung, der einseitige Verzicht auf Atomwaffen ist in der Wirkung, wenn auch nicht immer nach der Ursache, eine Abdankung des Westens. Statt die Demission zu vollziehen, sollten wir endlich unsere Mission erkennen. Dazu benötigen wir den Frieden, möge er auch im Schatten der Atombomben liegen. Die Alternative «rot oder tot» ist falsch gestellt. Ohne Atombombe werden wir zwar unter die kommunistische Herrschaft fallen, mit der Atombombe aber nicht sterben, sondern das Gleichgewicht erhalten.

Unser Kommentar

Nenni und Frankreich

Den geschickten und beharrlichen Bemühungen Nennis ist es gelungen, schliesslich doch noch die «Oeffnung nach links» in der italienischen Regierung zu erzwingen. Man mag vielerorts aufgeatmet haben in der von uns westlichen Menschen dauernd gehegten Erwartung, dass nunmehr der Ruhe und Bequemlichkeit gepflogen werden könne. Denn dank dieser «Oeffnung nach links» stelle sich die italienische Regierung auf eine breitere und sicherere Grundlage, während den Nenni-Sozialisten jeder Grund zur Opposition entzogen sei.

Was bedeutet zunächst die «Oeffnung nach links»? In erster Linie muss festgehalten werden, dass dadurch nicht etwa die Sozialdemokratie betroffen wurde, denn sie ist längst regierungstreu und hat unter Saragat in den schweren ersten Nachkriegsjahren mitgeholfen, den kommunistischen Ansturm abzuwehren. Saragat war denn auch seither verschiedentlich Minister. Es handelt sich vielmehr um eine Oeffnung nach weiter links, welche darauf abzielt, die Nenni-Sozialisten — eine marxistisch-revolutionäre Partei — regierungsfähig zu machen. Die Nenni-Sozialisten waren jahrelang aufs engste mit der kommunistischen Partei alliiert, befinden sich

Gesamthaft gesehen bringt das Unterfangen eines Atomkrieges für die kommunistische Diktatur weit mehr Nachteile als für die westliche Demokratie. Die kommunistische Diktatur weiss das sehr wohl, und gerade darum treibt sie die Entwicklung der Atomwaffen einzig für den Eventualfall voran, dass der Westen zum voraus aufgeben könnte, wozu sie ihn denn auch ermuntert.

Suzanne Labin, Offener Brief an Russel.

---

aber seit der ungarischen Revolution in einem zögernden Erwachen.

Vom innenpolitischen Standpunkt aus betrachtet ist die Oeffnung nach links ein geschickter Schachzug. Er muss ein stärkeres Ablösen der Nenni-Leute von Togliattis KP bewirken und schwächt so den linksextremen Flügel in Italien. Wie weit diese Taktik erfolgt ist, werden die Ergebnisse der nächsten Wahlen zeigen, aus denen Kommunisten und Nenni-Sozialisten insgesamt geschwächt hervorgehen müssen, wenn die Oeffnung nach links die Erwartungen erfüllen soll. Allerdings ist auch in innerpolitischer Hinsicht mit dieser Massnahme eine Gefahr verbunden. Die Anerkennung der Nenni-Sozialisten lähmt den Widerstand gegen den revolutionären Flügel und könnte den Eindruck erwecken, als befinde sich der Kommunismus, wenn auch getarnt, in einem unaufhaltbaren Vormarsch.

Aussenpolitisch ist das Manöver von Fanfani in seinen möglichen Auswirkungen vor allem auf Frankreich recht gefährlich. Wenn de Gaulle als Staatschef unvermittelt ausfallen würde, so könnte die kommunistische Partei Frankreichs aus der italienischen Oeffnung nach links eine Stärkung ihrer eigenen Position ableiten und mit um so grösserer Hoffnung der Machtübernahme entgegensehen. Eine solche Entwicklung müsste in Italien selbst die Oeffnung in einen Dammbruch ausweiten.

Entscheidendes hängt daher in diesen Tagen davon ab, ob de Gaulle die Situation in Algerien bereinigen kann. Gelingt nicht nur der Friede, sondern auch die Ausschaltung der rechtsextremen OAS in Algerien und Frankreich, so dürfte de Gaulle dank seiner unbeirrbaren Haltung das Ziel erreicht und die Lage konsolidiert haben. Voraussetzung ist dann allerdings auf lange Frist ein grosser Wille zur echten Zusammenarbeit zwischen Algeriern und Franzosen. In diesem Fall darf das risikovolle italienische Experiment mit grösserer Zuversicht verfolgt werden.

Pär Sager.